

W06NEU2 Essen von Allen für Alle – vegetarische & vegane Speisealternativen auf steuerfinanzierten Veranstaltungen einfordern!

Gremium: Juso-Landesvorstand

Beschlussdatum: 09/28/2020

Tagesordnungspunkt: O.W - Wirtschaft/Verkehr/Umwelt

Antragstext

1 Unsere Gesellschaft wird pluralistischer, und vegetarische und vegane
2 Lebensweisen etablieren sich immer weiter. Laut einer YouGov/Statista-Studie aus
3 dem letzten Jahr zufolge ernährten sich bereits 7% der Frauen und 5% der Männer
4 vegetarisch oder vegan, und 37% der Frauen und 23% der Männer reduziert
5 fleischhaltig (flexitarisch) oder pescetarisch. Die selbe Studie ergab, dass
6 aber vor allem bei der kommenden Generation mehr Bereitschaft besteht auf
7 vegetarische oder vegane Lebensweisen umzusteigen wenn (wie wir momentan sehen
8 können) bessere Fleischersatzes zur Verfügung ständen. In der Gruppe der 18- bis
9 24-Jährigen lag die Zustimmung dazu bei 53%.[\[1\]](#) Es würden also viele, v.A. junge
10 Leute vegan und vegetarisch essen, wenn der Zugang zu qualitativ gleichwertigen
11 Alternativen gewährt wäre. Viele Menschen in Deutschland achten demnach schon
12 auf bewussten Fleischkonsum, nur leider spiegelt sich dies z.T. nicht in der
13 Auswahl der Speiseoptionen bei aus öffentlicher Hand finanzierten oder
14 geförderten Veranstaltungen wieder. Wichtig dabei ist auch zu wissen, dass für
15 Menschen, die aus religiösen Gründen die in Deutschland häufig angebotenen
16 Fleischarten oder -zubereitungsweisen nicht konsumieren möchten, eine
17 vegetarische oder vegane Alternative hilfreich sein kann.

18 Deshalb fordern die Jusos Sachsen die Abgeordneten, und, insofern die Regelungs-
19 kompetenz für ihr Ressort dafür bei ihnen liegt, die Minister_innen der SPD dazu
20 auf, Gesetzes-, Verordnungs- oder Fördermittelrichtlinienvorschläge zu prüfen
21 und einzubringen, welche regeln, dass auf jeder Veranstaltung, welche durch
22 staatliche Organe finanziert oder gefördert wird, oder durch Parteien oder
23 Stiftungen finanziert oder gefördert wird, welche Geld aus öffentlicher Hand
24 erhalten, mindestens eine vegetarische und eine vegane Speiseoption zur Auswahl
25 stehen, insofern Speisen jeglicher Art angeboten werden. Diese Forderung gilt
26 unabhängig davon, ob die_der Veranstaltungsteilnehmer_in für die Speisen
27 bezahlen muss. Des Weiteren muss die Speisealternative sowohl qualitativ als
28 auch preislich im angebrachten Verhältnis zu den anderen Speisealternativen
29 stehen.

Begründung

[1] <https://yougov.de/news/2019/06/27/wie-veggie-ist-deutschland/> (abgerufen am 07.03.2020)

Öffentliche Veranstaltungen werden von uns allen finanziert – daher sollte auch jeder dort etwas essen können. Leider gibt es noch immer Fälle, bei denen dies nicht so ist, obwohl vegetarische und vegane Nahrungsmittel inzwischen genauso preiswert erhältlich sind wie fleischliche Lebensmittel sind. Des Weiteren sind pflanzliche Lebensmittel deutlich besser für das Klima als die meisten tierischen Produkte.

Die Umsetzbarkeit solcher Maßnahmen, zumindest in der Verwaltung, hat Bundesumweltministerin a.D. Barbara Hendricks bereits bewiesen, als sie folgendes anwies: „Dienstleister/Caterer, die Veranstaltungen des BMUB beliefern, (...) verwenden weder Fisch oder Fischprodukte noch Fleisch oder aus Fleisch hergestellte Produkte“ [2], verbunden mit weiteren Auflagen zu ökologischem Anbau und Regionalität.

Das letztendliche Ziel, vor allem in Hinblick auf den klimatischen Aspekt unserer Nahrungsmittelproduktion, sollte natürlich der komplette Umstieg auf pflanzliche Kost bei öffentlichen Veranstaltungen sein. Dieser Antrag soll ein erster Schritt in diese Richtung sein, und bereits so vielen Menschen mit fleischarmen oder fleischlosen Ernährungsformen eine einfachere Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen.

[2] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html> (abgerufen am 07.03.2020)